

Stellungnahme der Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften zum Schweizer Volksentscheid



Die Internationale Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG) hat das Ergebnis des Schweizer Volksentscheides am 29. November hinsichtlich des Baues von Minaretten mit Verständnis und Zustimmung aufgenommen.

Die IKBG versteht das Nein zum Bau von Minaretten nicht als Zeichen religiöser Intoleranz, als das es vielfach von Politikern, Kirchenleuten und Journalisten diffamiert wurde, sondern als ein Nein zum politischen Machtanspruch des Islam und zur Überfremdung der christlich-abendländischen Kultur.

Solche Besorgnis des überwiegenden Teils der Schweizer Bevölkerung ist nachvollziehbar und ernst zu nehmen. Wer sie als Zeichen von „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Beschneidung der Religionsfreiheit“ darstellt, geht von einem trügerischen Idealbild des Islam aus, wie es uns durch liberale Vertreter des Islam in den Medien vorgestellt wird. Dies zeugt jedoch von Unkenntnis des theokratischen Wesens des Islam mit seiner Vorstellung vom Gottesstaat. Glaube, Politik und Staat sind für den Islam letztlich nicht voneinander zu trennen, sondern aufs engste miteinander verbunden. Für den Islam bleibt das Ziel die Islamisierung der ganzen Welt mit der damit bestimmenden Rechtsprechung durch die Scharia gemäß dem Koran.

Diesem Ziel dient auch der vielfach von vermögenden Ölscheichs finanzierte Bau prächtiger und zum Teil überdimensionierter Moscheen, die mit ihren Minaretten möglichst alle Kirchtürme überragen sollen. Moscheen sind nicht nur Gebetsräume; in ihnen wird oft auch politisch agitiert. Von den Minaretten wird fünfmal am Tag öffentlich der Absolutheitsanspruch des islamischen Gottes Allah und seines Propheten Mohammed ausgerufen. Hohe Minarette sollen nach *Prof. Mustafa Isen* (Ankara) anderen Religionen „die eigene (islamische) Größe zeigen“. Nach dem türkischen Dichter *Ziya Gökalp* sind „Moscheen unsere Kasernen, ihre Kuppeln die Helme, die Minarette unsere Bajonette.“ Dem stimmt der türkische Premierminister *Erdogan* zu.

Es ist völlig abwegig, den Schweizern zu unterstellen, sie wollten die muslimischen Einwanderer an der Ausübung ihrer Religion behindern; das geschieht nirgendwo in ihrem Land und ihren Nachbarländern.

Im Gegensatz dazu erfahren christliche Minderheiten in den meisten islamischen Ländern keine Toleranz. Sie werden dort oft nicht nur behindert, benachteiligt und ausgegrenzt, sondern bisweilen sogar gewalttätig verfolgt. Der Bau selbst kleiner Kirchengebäude – ohne Turm! – und sogar die Einrichtung von Andachtsräumen werden ihnen untersagt.

Der massive Protest gegen das Schweizer Minarettverbot wäre glaubwürdiger, wenn er mit einem ebenso leidenschaftlichen Eintreten für die Religionsfreiheit der Christen gerade auch in islamischen Ländern verbunden wäre.

Wir bitten die Regierungen in Europa und alle Verantwortungsträger in Politik und Kirche, unerschrocken und nachhaltig immer wieder für die Religionsfreiheit der benachteiligten, verfolgten und gefährdeten Christen einzutreten.

Prof. Dr. Peter Beyerhaus D.D. · Ehrenpräsident
Pastor Ulrich Rüb · Präsident
Andreas Späth · Vizepräsident

Mittwoch, 9. Dezember 2009